Der deutsche Protest gegen den Polenterror.

Berlin, 3. Dezember. Die deutsche Protestnote wegen der Terrorakte gegen die deutsche Minderheit in Oberschlesien ist nunmehr am heutigen Mittwoch der Oeffentlichkeit übergeben worden. Das Schriftstück beginnt mit einem Handschreiben an den Generalsekretär des Völkerbundes, Drummond, in dem Reichsaußenminister Curtius darauf hinweist, **daß in Polnisch-Oberschlesien in letzter Zeit Gewalttaten gegen die deutsche Minderheit geschehen sind, die eine flagrante Verletzung der Bestimmungen der Genfer Konvention vom 15. Mai 1922 darstellen.** Gemäß Artikel 72, Abs. 2 der Konvention lenkt die deutsche Regierung die Aufmerksamkeit des Völkerbundsrates auf diese Vorgänge. Der Generalsekretär wird gebeten, veranlassen zu wollen, daß die Angelegenheit auf die Tagesordnung der nächsten Tagung des Völkerbundsrates gesetzt wird.

Das Schriftstück selbst enthält auf 18 Schreibmaschinenseiten die einzelnen Beschwerden mit genauen Unterlagen. Eine Anlage gibt in Uebersetzung ein Wahlplakat des Verbandes schlesischer Aufständischer wider, worin in der wüstesten Weise gegen die Deutschen, die „unser Erbfeind" und der „raubgierige Kreuzritter" genannt werden, gehetzt wird. Eine zweite Anlage enthält ein Wahlplakat des Westmarkenvereins, in dem es heißt: **„Jeder Schlesier und jede Schlesierin, die ihre Stimme für eine deutsche Liste abgeben, werden zu Verrätern des schlesischen Volkes und setzen sich selbst unangenehmen Folgen aus, denn niemand wird denjenigen gegenüber Rücksicht kennen, die es wagen sollten, für die deutsche Liste zu stimmen."**

Die Note selbst besagt:

A.) Beeinträchtigung des Wahlrechts der Minderheit:

Es wird im einzelnen nachgewiesen, daß die deutsche Minderheit in Polnisch-Oberschlesien am 16. September bei der Wahl zum Warschauer Sejm und am 23. November bei der Wahl zum Warschauer Senat und zum schlesischen Sejm in weitem Umfange des freien Wahlrechtes beraubt worden ist. Dies ist eine Verletzung des Artikels 67 der Genfer Konvention. Die Einsprüche mit der Begründung, die Betreffenden besäßen nicht die polnische Staatsangehörigkeit — allein im Wahlkreis Kattowitz und Königshütte sind etwa 30 000 derartige Einsprüche erhoben worden — erfolgten durchweg auf einem vorgedruckten Formular, **woraus sich das planmäßige, einheitliche Vorgehen ergibt, und ohne jegliche Unterlagen, obwohl nach den einschlägigen Bestimmungen der Einspruch zu begründen und zu belegen ist. Der ganze Vorgang wird durch die Tatsache charakterisiert, daß der Verlust des Wahlrechtes Massen deutscher Wähler betraf, an deren polnischer Staatsangehörigkeit bisher niemals ein Zweifel bestanden hat, und die in den vergangenen acht Jahren bei allen Wahlen unbeanstandet mitgestimmt haben.** Zum Teil bekleiden die Betroffenen sogar öffentliche Aemter, viele haben schon im polnischen Heer gedient. Unter den gestrichenen Wählern befinden sich sogar Personen, die selbst schon Abgeordnete in polnischen Körperschaften gewesen sind. Bei dem Vorgehen gegen die deutschen Wähler haben zum Teil **die amtlichen Wahlkommissionen,** aus denen man die Deutschen fernzuhalten oder nachträglich zu entfernen gewußt hatte, **mit der Regierungspartei zusammengearbeitet.** Bei der Ausübung der Wahl selbst haben die Deutschen den Schutz vermißt, den die gesetzlichen Bestimmungen für die freie Betätigung dieses wichtigsten staatsbürgerlichen Rechtes vorschreiben. Die bekannten Einzelheiten auf Grund des Erlasses des Innenministeriums, wonach dem Wähler freistehe, „offen" oder „geheim" seinen Stimmzettel abzugeben, werden mit genauen Ortsangaben nachgewiesen.

B.) Terrorakte gegen die deutsche Minderheit:

In Teil I wird nachgewiesen, daß seit dem Beginn des polnischen Wahlkampfes die deutsche Bevölkerung in Polnisch-Oberschlesien unter dem schlimmsten Terror gestanden hat. In vielen Ortschaften haben Mitglieder des schlesischen Aufständischen-Verbandes ein wahres Gewaltregiment ausgeübt. Mit Waffen aller Art ausgerüstet, durchstreiften sie jeden Abend nach Einbruch der Dunkelheit in Uniform die Straßen, ergingen sich in Bedrohungen der Minderheit und fahndeten in Gaststätten und Wohnungen nach Deutschen. Tausende von Drohbriefen wurden an Minderheitenangehörige versandt. Eine große Zahl von Tätlichkeiten und Mißhandlungen aller Art bis zu den schwersten Gewalttätigkeiten sind vorgekommen. Geschildert werden dann die Vorgänge in einzelnen Ortschaften, besonders eingehend in Hohenbirken und Golassowitz. Unter II heißt es: Die deutsche Regierung hat durchaus die Erfahrung in Rechnung gestellt, daß in Zeiten eines politischen Wahlkampfes die Leidenschaften erregt zu sein pflegen. Mit solchen Erscheinungen lassen sich indessen die geschilderten Vorkommnisse in keiner Weise vergleichen. **Einmal handelt es sich hier um**

eine bewußte und planmäßige Aktion gegen die deutsche Minderheit,

ferner sind die Terrorakte in konsequenter Durchführung eines seit Jahren zielbewußt verfolgten Planes von den polnischen Behörden zum mindesten wohlwollend geduldet worden. Im Mittelpunkt des Kampfes steht der Schlesische Aufständischenverband. Ehrenvorsitzender des Verbandes ist der Woiwode von Schlesien. Viele hohe Beamte des Staates und der Kommunalverwaltung zählen zu seinen führenden Mitgliedern. Die polnische Regierung hat in ihren Bemerkungen zu einer Petition als Aufgaben des Aufständischenverbandes „Humanitäre Aufgaben und kulturelle und soziale Aktivität" bezeichnet. Dazu steht der beigefügte Wortlaut eines Aufrufes des Verbandes in krassem Widerspruch. Schon für die Zeit vom 19. bis 26. Oktober war eine „antideutsche Woche" angekündigt worden. Die Führer der Minderheit wandten sich an den Woiwoden und baten um Schutz. Trotzdem kamen schon damals schwere Ausschreitungen vor, ohne daß die Polizei nachdrücklich eingriff. Bei einem zweiten Ersuchen an den Woiwoden wurden sie nicht empfangen. Auf ein Telegramm an die polnische Regierung in Warschau mit der Bitte um Schutz erhielten sie keine Antwort.

C.) Zusammenfassend muß demnach folgendes festgestellt werden:

Große Teile der deutschen Minderheit sind durch willkürliche Maßnahmen der Behörden von der Ausübung des Wahlrechtes ausgeschlossen worden. Soweit die Minderheit von ihrem Wahlrecht Gebrauch machen konnte, wurde ihr die geheime Stimmabgabe unmöglich gemacht. Der Terror geht im wesentlichen von dem Aufständischenverband aus, der die Aktion gegen das Deutschtum zielbewußt vorbereitet und durchgeführt hat. Der Verband arbeitet im Einvernehmen mit den Behörden. Die Polizei vernachlässigt durchweg ihre Pflicht, indem sie gegen die Gewalttätigkeiten entweder überhaupt nicht oder doch nur in völlig unzureichendem Maße eingreift.

Die deutsche Regierung erwartet, daß der Völkerbundsrat diejenigen Maßnahmen ergreift, die notwendig sind, um dem Zustand der Rechtlosigkeit und Unterdrückung abzuhelfen, unter dem die deutsche Minderheit in Oberschlesien zu leiden hat.

Die Beschlüsse der deutschnationalen Fraktionssitzung.

Berlin, 2. Dezember. Die deutschnationale Reichstagsfraktion, die am Dienstagnachmittag unter Vorsitz Dr. Oberfohrens ihre erste Sitzung nach der Parlamentspause abhielt, beschloß unter anderem im Reichstage nachstehende Anträge einzubringen:

Der Reichstag wolle beschließen, die Verordnung des Reichspräsidenten zur Sicherung von Wirtschaft und Finanzen vom 1. Dezember 1930 außer Kraft zu setzen.

Der Reichstag wolle beschließen: Die Reichsregierung wird beauftragt, unverzüglich durch amtliche Noten **den Tributmächten mitzuteilen, daß Deutschland nach der Verstümmelung seiner Grenzen, namentlich im Osten, nach der Leistung eines ungeheuren Milliardenbetrages von Tributen und nach völliger Erschöpfung seiner Kapitalkraft nicht mehr in der Lage ist, die immer weiter anschwellende Schar Erwerbsloser zu ernähren und damit die Revision des Versailler Vertrages und der auf ihm beruhenden Tributlasten verlangt.**

Der Reichstag wolle beschließen: Die Reichsregierung wird beauftragt, unverzüglich durch amtliche Noten allen Mächten zu eröffnen, daß nach der weitgehenden Aufklärung der historischen Tatsachen durch unparteiische Forschung **das deutsche Volk das im Versailler Vertrag ihm abgepreßte Bekenntnis zur Schuld am Weltkrieg widerruft.**

Der Reichstag wolle beschließen, die Reichsregierung zu ersuchen, ungesäumt dem Reichstag eine Vorlage über die von den Ländern gegenüber dem Reiche erhobenen oder noch zu erwartenden Ersatzansprüche zu machen, insbesondere a) über die erst kürzlich (am 22. September 1930) wieder vor dem Staatsgerichtshof von dem badischen Gesandten erhobenen Ansprüche auf Kapital und Zinsen für die an das Reich übergegangenen Staatsbahnen, b) über die preußischen Ansprüche wegen des von dem polnischen Staat geraubten preußischen Eigentums.

Bredt beim Reichskanzler. — Entscheidung vertagt.

Berlin, 2. Dezember. Reichsjustizminister Bredt ist am Dienstag aus Marburg nach Berlin zurückgekehrt und hat bald nach seinem Eintreffen mit dem Reichskanzler eine längere Rücksprache gehabt. Eine Entscheidung über den angekündigten Rücktritt des Ministers ist in dieser Aussprache nicht gefallen. Professor Bredt, der bekanntlich eben erst von einer längeren Krankheit genesen ist, wird noch einen kurzen Urlaub antreten. Nach seiner Rückkehr, mit der man für etwa Mitte nächster Woche rechnet, wird dann die Entscheidung darüber fallen, ob der Reichsjustizminister seine Absicht, aus dem Amte auszuscheiden, aufrechterhält. In politischen Kreisen, die der Reichsregierung nahestehen, gibt man der Auffassung Ausdruck, daß angesichts der dann völlig veränderten Lage — bis dahin ist die Entscheidung über das Schicksal der Notverordnung gefallen — für Bredt kein Anlaß bestehe, seine Demission weiter aufrechtzuerhalten.

Der christlich-soziale Volksdienst für die Notverordnungen.

Berlin, 3. Dezember. In dem Bericht der Reichstagsfraktion des Christlich-sozialen Volksdienstes über ihre Sitzung am Dienstagabend heißt es unter anderem: Wenn auch in der nunmehr abgeänderten Fassung der Notverordnung des Reichspräsidenten vom Juli dieses Jahres nicht alle Forderungen des Christlich-sozialen Volksdienstes Berücksichtigung gefunden haben, so muß doch anerkannt werden, daß entsprechend dem bei den Verhandlungen mit allem Nachdruck vertretenen Anträgen des Volksdienstes bei der Festsetzung der Steuersätze der Bürgersteuer, bei der Gestaltung für Bestimmungen über die Krankenscheingebühr und

Die große Liebe.

Roman von Emmi Lewald.

9] (Nachdruck verboten.)

„Ja," sagte Gristede nachdenklich, „ich verstehe. Man kann Schönheit importieren und Kontraste schaffen, die das ersetzen, was dem Wanderer in fremden Ländern von selbst zu den Füßen liegt."

„Vielleicht würden Sie es nie bereuen, wenn Sie im Lande blieben," sagte der Herzog. „Wen Tätigkeit verlockt, der findet in Meerwarsen Befriedigung genug. Ich kenne ja Ihres Onkels Arbeit und Sorge um seine Deiche. Ihre Instandhaltung war ihm die erste Pflicht. Ich würde es dem alten Herrn noch im Grabe gönnen, wenn ein Erbe käme, der darin in seine Fußtapfen träte. Und noch eins: Vielleicht nähmen Sie dann auch die Tradition von früher auf, daß der Nachbar immer dem Nachbarn hilft, die Tradition, daß die Deiche gewissermaßen Gemeingut waren, dem Schutz der Nachbarn mit unterstellt. Wenn Sie in unseren Chroniken blättern oder mit Ihrem vortrefflichen Pastor Lardenwiek davon reden, wird er Ihnen von den alten Gebräuchen erzählen, von den Zwangsmaßregeln bei unzulänglichem Deichschutz des einzelnen. Wer nicht vorgesorgt hatte und den Deichbruch verschuldete, den grub man früher kurzerhand lebendig als warnendes Beispiel in die Erde. Und wenn Sie sich in den Deichfragen Ihrer Nachbarinnen, der Damen Holger, ebenso treu annehmen wollten, wie Ihr Onkel das getan hat, dann würde es auch mir ein beruhigender Gedanke sein. Frauen ohne männlichen Berater muß beigestanden werden. Ich lege Ihnen die Damen Holger und ihre Deiche gewissermaßen ans Herz."

Sie waren auf den hellen Kieswegen zwischen den großen Azaleenbüschen wieder zur Schloßrampe gelangt.

„Wir müssen uns zurückziehen," schloß der Herzog. „Die Migränen meiner armen Schwester pflegen sich leider stets um diese Stunde einzustellen."

Gristede blickte über das bunte Bild festlicher Gestalten vor der sonnenhellen Schloßfassade. Zwischen den Blütenmengen in Steinurnen zog die fremde Welt wie ein buntes Gemälde vor ihm hin. Er unterschied kaum noch Gesichter, wußte nur wenig Namen, im Grunde nur den einen, der ihm mit unbequemer Beharrlichkeit von allen Seiten entgegengetragen wurde — Karen Holger!

Immer war etwas im Hintergrund seiner Gedanken, was ihn stärker beschäftigte als alle Gegenwart, so daß er sich auch keineswegs im vollen Umfang klar darüber wurde, wie sehr er der Angelpunkt des allgemeinen Interesses war, wie viele Augen dauernd auf ihm hafteten, erwartend, billigend, mißtrauisch, voreingenommen, in allen Schattierungen der Skala des Gefühls.

Und wie eine beruhigende Entlastung sagte er sich, daß er ja noch ganz frei sei, an nichts gebunden, Herr über seine Pläne, daß es durchaus bei ihm stand, dies alles nur Gastrolle sein zu lassen, einen Schritt ohne Folgen,

Sehen Sie — so sieht sie gerade wie das Holgersche Familienwappen aus

daß da niemand war, dem er Rechenschaft darüber ablegen mußte, wie weit er im Grunde mit der Entschließung war, ob er bleiben sollte oder nicht.

* * *

Das fürstliche Geschwisterpaar verschwand.

„Wir leiden hier alle leicht an Migräne," sagte die Oberhofmeisterin. „Vielleicht liegt es in der Luft, vielleicht auch, weil wir nicht genug vorhaben. Ich allerdings habe persönlich nie Migräne. Ich ignoriere jede Anwandlung. Es ist merkwürdig, wieviel Unannehmlichkeiten man sich einfach ersparen kann, wenn man sie nicht will. Das Leben der armen Karen Holger sieht auch so unter dem Druck der großmütterlichen Migränen."

Sie sah in ihrer Richtung.

Karen Holger stand mit den Geschwistern Leeven zwischen den großen Prachtexemplaren der Azaleenkübel im Ausschnitt der Tür, so daß ihr goldblondes Haar gerade auf die Bläue der Luft wie auf leuchtendem Hintergrund strahlte.

„Sehen Sie — so sieht sie gerade wie das Holgersche Familienwappen aus; die goldene Lilie auf blauem Grunde! Meine Leevens dürften sich nicht neben sie stellen, man sieht dann erst in vollem Umfang, wie wenig der Schöpfer für sie tat. Diese Borsdorfer Äpfel sind ein beklagenswerter Typus. Mädchen vor allem müssen hübsch sein, sonst täten die Familien besser, sie zeitig auf einem Taygetos abzusetzen, wie die Spartaner es machten in Ihrem Griechenland, ein etwas hartes, aber weises Prinzip. Mein Bruder war natürlich immer entsetzt, wenn ich seinen Nachwuchs so grausam glossierte. Aber ich habe ihn dann damit getröstet, daß die Leevenschen Männer mit den Jahren, wie Rotwein, besser werden, wenn die Jugendröte weicht und graues Haar die Gesichter veredelt, ein Prozeß, den Sie übrigens bei vielen Männern dieses Schlages feststellen können."

„Mir fällt eine gewisse Einheitlichkeit des Typus hier so stark auf," bemerkte Gristede.

„Ja, es ist alles unverwischt. Es heiratet selten jemand von außen herein. Die Frauen der Holgers sind eben durch den dänischen Einschlag äußerlich so anders, so überlegen. Die Großmutter war eine berühmte Schönheit. Aber man sieht sie kaum. Es heißt, sie wolle sich lieber gar nicht zeigen, um nicht den Zeitgenossen von einst das Erinnerungsbild zu trüben, ein Ehrgeiz, der mit sehr viel Langeweile bezahlt werden muß. Nur mit Ihrem Onkel hat sie viel verkehrt, aber Ihr armer Onkel war ja in den letzten Jahren augenleidend und hatte wohl daher die gewünschte Vision von einst."

Sie entließ ihn gnädig und rauschte davon.

Er stand einen Augenblick allein.

Er wußte, daß er nicht vermeiden konnte, Karen Holger anzureden.

Er empfand in diesem Augenblick sehr stark die Ungerechtigkeit seines Mißgefühls.

Aus runden Augen starrten ihn die Geschwister Leeven interessiert an, als er auf Karen Holger zuschritt.

„Ich habe leider Ihre Frau Großmutter nicht begrüßen können bei meinem Besuch," sagte er.

„Großmama hat es sehr bedauert," versetzte sie artig und sah beklommen zu ihm auf. (Fortsetzung folgt.)